

Ask EP

Referat Bürgeranfragen

Das Parlament antwortet

Das Referat Bürgeranfragen (Ask EP) beantwortet Fragen zur Arbeit, zu den Zuständigkeitsbereichen sowie zum organisatorischen Aufbau des Europäischen Parlaments. Sein Leitgedanke besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern das Parlament und seine Arbeitsweise verständlicher zu machen. Zudem informiert das Referat Bürgeranfragen die Europaabgeordneten und das Parlament darüber, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt.

NSA-Affäre: Was unternimmt das Europäische Parlament?

März 2014

Europas Bürger sind in Sorge, seit die US-Überwachungsprogramme der Nationalen Sicherheitsbehörde (National Security Agency – NSA) im Sommer 2013 aufgedeckt wurden. In den Nachrichten und Briefen, die das Europäische Parlament erreichten, beschrieben die Bürger häufig ihre Befürchtung, dass ihr Grundrecht auf den Schutz der Privatsphäre verletzt worden sein könnte. Die besorgten Bürger forderten das Parlament auf, das Ausmaß der NSA-Überwachung aufzudecken und etwas dagegen zu unternehmen. Es wurde vorgeschlagen, die Beziehungen zwischen der EU und den USA auszusetzen, bis die Ergebnisse der Ermittlungen veröffentlicht werden. Auch das Schicksal des Informanten Edward Snowden beschäftigte die Bürger sehr.

Das Parlament ist ernsthaft besorgt über das, was die NSA auch im Rahmen anderer Überwachungsprogramme an Ausspähung betrieben hat, und wie sich dies auf die Grundrechte der Unionsbürger auswirkt.

Erste Entschließung zur US-Überwachung

Das Parlament reagierte unmittelbar auf die Veröffentlichungen über die mutmaßlichen Tätigkeiten der NSA. Im Juli 2013 wurde eine erste Entschließung zu dem NSA-Überwachungsprogramm der USA verabschiedet und eine Untersuchung eingeleitet. Das Ziel der Untersuchung war, festzustellen, inwiefern sich dieses Programm sowie andere Überwachungsprogramme auf die Privatsphäre der Unionsbürger und auf die Medienfreiheit ausgewirkt hatten.

Untersuchung und zweite Entschließung

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat im Rahmen seiner Untersuchung der elektronischen US-Massenüberwachung der Unionsbürger 15 Anhörungen durchgeführt.

Am 12. März 2014 verabschiedete das Europäische Parlament mit großer Mehrheit

(mit 544 Ja-Stimmen, bei 78 Gegenstimmen und 60 Enthaltungen) eine zweite Entschließung, in der die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ihre Untersuchungsergebnisse vorlegten. Sie formulierten darin auch Empfehlungen, wie die Privatsphäre der Unionsbürger besser geschützt werden kann.

Konsequenzen für TTIP-Abkommen

In der Entschließung heißt es unter anderem, das Europäische Parlament könne dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) nur zustimmen, wenn darin die in der EU-Charta verankerten Grundrechte in vollem Umfang respektiert werden. Auch sollten die Fragen zum Schutz der Privatsphäre aus den Handelsgesprächen mit den USA ausgeklammert werden.

In der Entschließung wird die Europäische Kommission darüber hinaus aufgefordert, die in Bezug auf die Datensicherheit geltenden „safe harbour principles“, d. h. Datenschutzstandards, die Unternehmen aus den Vereinigten Staaten bei der Übermittlung von Daten von Unionsbürgern in die Vereinigten Staaten beachten müssen, umgehend auszusetzen und neue Datenschutzstandards auszuhandeln. Zudem wird die Europäische Kommission aufgefordert, das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFIP) auszusetzen, bis eine „gründliche Untersuchung“ durchgeführt und das Vertrauen in das Programm wieder hergestellt worden ist.

Diesen Artikel sowie andere Antworten des EU-Parlaments finden Sie unter:
<http://epthinktank.eu/author/epanswers/>



© European Union 2014 - EP

